

Parteienbühne

«Den Druck auf Prämienzahler hoch halten!»

Der Landtag lehnte die von der Freien Liste geforderte Erhöhung des Staatsbeitrages an die Gesundheitskosten ab.

Eine Erhöhung des Staatsbeitrags auf 43 Mio. Franken, wie ihn die Freie Liste vorgeschlagen hat, hätte dazu geführt, dass die Krankenkassenprämie für das Jahr 2018 für jeden Versicherten um 36.40 pro Monat gesunken wäre. Für eine vierköpfige Familie mit zwei Studentinnen hätte dies eine Entlastung von rund 1750 Franken pro Jahr bedeutet.

Entlastung ist aber nicht das, was die FDP will: So beteuerte unter anderem der Gesundheitsminister: Der Druck im System, also der Druck auf alle Versicherten, müsse hoch gehalten werden. Er meint damit «die Erziehung übers Portemonnaie». Eine Prämienentlastung sei eine reine Symptombekämpfung. Die Koalitionspartner FDP und VU waren sich einig, dass die Revision des Kran-

kenversicherungsgesetzes (KVG) erst ihre Wirkung entfalten müsse.

Die Wirkung der höheren Selbstbehalte und Franchisen zeigt sich jedoch schon ganz deutlich: Die Belastung ist markant gestiegen. Das neue KVG hat die Kosten von den Gesunden, die von einer Prämienreduktion profitieren können, auf die Kranken überwälzt. Zu leiden haben Menschen mit eher tiefem oder mittlerem Einkommen, die zum Arzt müssen. Wer keine grösseren Reserven hat, gerät bei einer Krankheit unter Druck. Bei Menschen mit hohem Vermögen spielt die viel propagierte Selbstverantwortung, die Erziehung übers Portemonnaie, sicher nicht. Denn jede und jeder zahlt unabhängig vom Erwerb gleich viel für seine Gesundheitsleistungen, ausgenommen Personen, die in den Genuss einer Prämienvergünstigung kom-

men. Wenn der Gesundheitsminister Druck erzeugen möchte, müsste er folgerichtig die Gesundheitskosten erwerbsabhängig ausgestalten.

Die Staatskasse würde eine allgemeine Verbilligung der Krankenkassenprämien nicht zulassen, so die einhellige Meinung von FDP, VU und DU. Dies zeigt, dass der Staatshaushalt auch auf dem Rücken der Prämienzahler saniert wurde. Anstatt das neue, unternehmens- und reifenfreundliche Steuergesetz endlich zu überarbeiten und für Einnahmen zu sorgen, wurde unter anderem seit 2010 einfach der Staatsbeitrag von 57 Millionen Franken auf 33 Millionen Franken gesenkt. Nur schon diese Massnahme führte zu einem Prämienanstieg pro erwachsene Person und Jahr von knapp 750 Franken.

Das KVG entfaltet seine geplante Wirkung bereits ganz deutlich, die Versicherten und

vor allem jene Versicherten, die krank sind, zahlen einfach drauf. Die Gesundheitskosten werden auch in den nächsten Jahren stark steigen. Die Wirkung der KVG-Revision ist in der Bevölkerung durchaus angekommen, auch wenn dies FDP, VU und DU noch nicht spüren.

Es ist dringender Handlungsbedarf geboten. Entweder müssen die Kosten nach der Leistungsfähigkeit der Versicherten anders verteilt werden, also die Prämien erwerbsabhängig ausgestaltet werden. Oder aber die Prämienverbilligung muss massiv ausgeweitet werden, wie dies auch schon die LIPO gefordert hat. Das Resultat wäre das gleiche: eine Entlastung der unteren und mittleren Einkommen.

Die Symptome werden von Jahr zu Jahr schmerzhafter, das sei FDP, VU und DU versichert.

Eine Stellungnahme der Fraktion der Freien Liste

Parteienbühne

Pariser Klima-Vertrag

Die Diskussion über den Klima-Vertrag verlief im Landtag gesittet und engagiert.

Selbst wir Abgeordneten, die in der Schlussabstimmung gegen die Ratifikation des Vertrags stimmten, sprachen uns nicht grundsätzlich gegen den Vertrag aus, sondern bemängelten vielmehr die Schwächen des Abkommens und die fehlenden Angaben im Bericht und Antrag der Regierung, so etwa die Höhe der anfallenden Kosten für die Haushalte und schliesslich für unsere

Volkswirtschaft. Wer unterzeichnet einen Vertrag, dessen Folgekosten für die Bürger nicht beziffert werden können?

Zu berücksichtigen ist ferner, dass unser CO₂-Ausstoss pro Kopf lediglich halb so gross ist wie in Deutschland. Länder mit einem hohen CO₂-Ausstoss wie China, Australien oder Kanada etc. beziehen ihre Reduktionsziele lediglich auf das Jahr 2005, in dem der CO₂-Ausstoss besonders hoch war. Wir nehmen das Jahr 1990 als Referenz-

wert, müssen also viel mehr einsparen!

Wir sind für einen sinnvollen Klimaschutz, wollen aber, dass dieser vor allem im Inland betrieben und nicht wieder Geld ins Ausland exportiert wird. Für die Entwicklungshilfe gibt Liechtenstein als eines der ganz wenigen Länder bereits 0,7 % des Bruttonationaleinkommens aus, wie dies von der UNO seit vielen Jahren gefordert wird. Somit könnten auch in diesem Rahmen der Entwicklungshilfe Akzente gesetzt werden,

die auf eine Verringerung des CO₂-Ausstosses hinwirken. Dazu müssen wir also nicht noch zusätzlich Geld exportieren.

Einen Zertifikatshandel lehnen wir kategorisch als moderne Form des Ablasshandels ab. Wir fordern, dass man das Geld im Inland für wirksame Massnahmen ausgibt und das Geld in unserer Volkswirtschaft verbleibt.

Eine Stellungnahme der DU-Abgeordneten Herbert Elkuch, Erich Hasler, Thomas Rehak und Ado Vogt (Stv.)

Leserbrief

Eiertanz?

In die Querelen rund um ein neues Fahrradbrücklein in Vaduz wurde immer wieder das ominöse Wort «Agglomerationsprogramm» eingeschossen. Ein grenzüberschreitender Versuch, dem Moloch Rheintal schöne Seite anzudichten und dem dummen Bürger die Feinheit und Kleinheit dieses Tales als Kandidat für ein Weltkulturerbeschmackhaft zu machen. Dieses Programm, angerührt, ausgeführt und am Köcheln gehalten von Bedeutungshoffnungsträgern in Form von Gemeindevorstehern, Funktionären in unschuldigem Sold der Anrainerstaaen. Ausersonnen in geheimbündlerischen Hinterzimmern und zu sinnentleerten Papiertürmen hinaufkonstruiert, fernab real existierender vergammelter Lotter- und Rumpelstrassen, die sich zwischen Tausenden nostalgischen Eisenpfosten durch zugepflasterte Wiesen und Felder quälen.

Schon bei den Streitereien um eine S-Bahn sollte dieses einem mittlerweile ein paar Hundert Seiten starken Papierhaufen auf den Schmalbürger rasonierenden und erhellenen Einfluss ausüben. Dass dieses Programm nicht mehr taugt wie ein undurchdachter Pup in der Unterhose zeigt sich bei der Tunnelspinne Feld-

kirch. Denn diese wird bald gebaut, und zwar mit oder ohne Fahrradbrücke in Vaduz. Neben dem Kanton St. Gallen gibt auch Bundesbern einen schmackhaften Zustupf an den Brückenhänger. Und Bern dürfe man nicht vor den Kopf stossen, fand einer im Landtag. Denn wenn der Bund schon zahlt, muss man das Geld auch annehmen. Das nennt sich staatliches Selbstbewusstsein auf allerhöchstem Niveau.

Da gibt es eine bedeutsame Geschichte aus den Zeiten von Bundesrat Ogi und Otto Stich, welche berichtet, dass damals die Österreicher an die Schweiz herangetreten sind, um gemeinsam in Bruxelles Gelder für ein grösseres Tunnelprojekt zu erbetteln. Die Antwort vom Schweizer an den Herrn Bettler aus Österreich war: Wir bezahlen unsere Tunneln immer noch selber, denn so viel Charakter und Geld haben wir noch. Der Mann und die Nation dahinter hatten eben Eier in den Hosen und keine Läuse am Sack. Und das war halt so, auch wenn man das heute nicht mehr sagen darf.

Heute ist dem Manne gut geraten, wegen, auch wenn es nur ein paar «mannschlechtswerkzeugfeindliche», hysterische, nach Quoten lechzende Feministinnen sind, den

Stolz in seiner Unterhose strikte als nicht vorhanden zu verstehen und zur Entschärfung der Quotenlaune als gegeben zu akzeptieren. Und zwar auch dann, wenn er damit sogar selber solche Hysterensinnen gezeugt hat oder gar von einer solchen in diese seltsame Welt geworfen wurde.

Jo Schädler
Eschnerstrasse 64, Bendorf

Wir sind nur noch glücklich ...

Im «Liechtensteiner Volksblatt» vom 8. Juni fand sich auf der Konsumentenseite (sic!) ein Bericht über die 60. Delegiertenversammlung des LKV. Betitelt mit: «KVG-Revision-Umsetzung geglückt – Grosse Herausforderungen stehen an». Ich finde die Umsetzung ebenfalls wahnsinnig geglückt, was mit folgendem Zahlenbeispiel leicht belegbar ist. 2017 bezahle ich knapp 4200 Franken Krankenkassenprämie. Als ich kürzlich zu einem Arzt musste, wurden ca. 480 Franken fällig. Aufgrund der Franchise in der Höhe von 500 Franken durfte ich die Rechnung natürlich selber begleichen. Das heisst, mich kostet diese Behandlung schlicht und

einfach ca. 4680 Franken. Und jetzt noch schnell den Clou nachgereicht: Ich darf dabei nicht einmal den Arzt frei wählen. – Wahrlich, Umsetzung geglückt. Und wie!

Sigi Scherrer
Landstrasse 79, Vaduz

Ganz auf heroische Mannsbilder zugeschnitten

Zum Leserbrief von Frau Eva Rieger vom 9. Juni

Die sprachliche Zumutung über die «Eier in den Hosen» (Jo Schädler, 8. Juni) sollte sich bei Frau Rieger eigentlich in Grenzen halten, wenn eine Geschlechtsgenossin von ihr, Frau Theresa May, britische Premierministerin, während einer TV-Debatte (2. Juni 2017) in England kundtut, dass «she had the balls to call an election». Aber vielleicht klingt der englische Begriff «balls» ein bisschen «softer» und natürlich virtueller aus dem Mund einer Frau. Die Bedeutung bleibt aber dieselbe. Ein virtuelles heroisches Mannsbild eben, diese Theresa May.

Caspar Hoop
Walchabündt 15C, Eschen

Aus der Regierung

Fachexpertenstelle für Brexit hat Arbeit aufgenommen

Die Regierung hat per 1. Juni im Ministerium für Äusseres, Justiz und Kultur eine befristete Fachexpertenstelle zum Brexit eingerichtet. Sie soll Regierung und Verwaltung bei der Wahrung der liechtensteinischen Interessen im Zusammenhang mit dem Austrittsprozess des Vereinigten Königreichs aus der EU unterstützen. Es ist das erklärte Ziel der Regierung, die Interessen der Bürger und Unternehmen bestmöglich zu wahren und den Zugang zum britischen Markt auch nach dem Ausscheiden aus der EU soweit möglich sicherzustellen.

Die Fachexpertenstelle wurde mit dem Politologen Christian Frommelt besetzt, der sich im Rahmen seiner langjährigen Tätigkeit im Liechtenstein-Institut vertieft mit der EWR-Mitgliedschaft Liechtensteins und der europäischen Integration auseinandergesetzt hat. Zu den Aufgaben der Fachexpertenstelle gehören die Analyse der Betroffenheit und der Interessen Liechtensteins im Zusammenhang mit dem Brexit, die Sammlung und Aufbereitung von Informationen sowie das Erarbeiten von Handlungsstrategien. Bereits im März hat die Regierung einen Analyseprozess gestartet, in welchem u. a. die Wirtschaftsverbände eingeladen wurden, zu den Auswirkungen des Brexit und zum künftigen Regelungsbedarf Stellung zu nehmen.

Zusätzlich hat die Regierung eine Koordinationsgruppe Brexit unter Leitung des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten ernannt, die sich regelmässig trifft, um laufende Entwicklungen und das weitere Vorgehen zu besprechen. Darin vertreten sind das Ministerium für Präsidiales und Finanzen, die Stabsstelle EWR, das Amt für Volkswirtschaft, relevante diplomatische Missionen Liechtensteins im Ausland und die Fachexpertenstelle. Der laufende Austausch mit anderen Staaten – neben dem Vereinigten Königreich vor allem mit den EWR/EFTA-Partnern Island und Norwegen sowie mit der Schweiz, Österreich und Deutschland – gehört zu den Aufgaben der Koordinationsgruppe. (ikr)

Liechtensteinische Delegation vor Menschenrechtskomitee

Eine Delegation der liechtensteinischen Landesverwaltung unter der Leitung von Botschafter

Martin Frick präsentierte am 7. und 8. Juni den Länderbericht Liechtensteins zur Umsetzung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte vor dem zuständigen UNO-Ausschuss in Genf. In einem Einleitungsstatement wies Frick auf die seit dem ersten Länderbericht erreichten Fortschritte Liechtensteins hin. In der Folge richteten die Mitglieder des Komitees Fragen an die liechtensteinische Delegation. Diese bezogen sich insbesondere auf Massnahmen gegen Diskriminierung, die Förderung von Gleichstellung, den Schutz des Familienlebens und die Verwirklichung des Rechts auf Bildung. Auf Basis der Antworten sowie der eingereichten Dokumente wird das Komitee abschliessende Beobachtungen mit Empfehlungen verabschieden, wie Liechtenstein die verbrieften Rechte in Zukunft weiter fördern könnte. Diese werden voraussichtlich am 27. Juni 2017 veröffentlicht.

Die von Liechtenstein im Rahmen der Berichterstattung eingereichten Berichte sind auf der Internetseite www.aaa.llv.li unter der Rubrik «Publikationen und Berichte <Berichte> Menschenrechte allgemein» verfügbar. Auch die abschliessenden Beobachtungen des zuständigen UNO-Komitees werden dort veröffentlicht, sobald sie vorliegen. (ikr)

Polen streicht Liechtenstein von Blacklist

In Polen traten am 23. Mai 2017 Bestimmungen zur Abänderung der polnischen Liste der Niedrigsteuerländer (sogenannte Blacklist) in Kraft. Im Zuge dessen wurde Liechtenstein von der polnischen Blacklist entfernt. Polen reagiert damit auf das Abkommen zwischen Liechtenstein und der EU zum automatischen Informationsaustausch und zum Informationsaustausch auf Anfrage mit Anwendbarkeit ab 1. Januar 2016. Die Streichung von der polnischen Blacklist bringt in Liechtenstein ansässigen Gesellschaften steuerliche Vorteile im Bereich der Transferpreisdokumentation und der Hinzurechnungsbesteuerung (controlled-foreign-company; CFC). Sie fallen nicht mehr per se automatisch unter diese Missbrauchsgesetzgebung, sondern nur noch dann, wenn sie die spezifischen Voraussetzungen der polnischen Gesetzgebung erfüllen. (ikr)

Seniorenbund

Besuch Biedermann-Haus Schellenberg

Zum Abschluss des Programms «Horizonte 60+» vom 1. Halbjahr veranstaltet der Seniorenbund am Dienstag, 4. Juli, von 15 bis 16 Uhr, einen Besuch mit Führung durch lic. phil. Sabrina Braun vom Landesmuseum im Biedermann-Haus in Schellenberg. Treffpunkt ist direkt in Schellenberg.

Dieser Hausname erinnert an die Familie Biedermann, welche das Haus von 1814 bis 1964 bewohnte. Im Jahre 1518 in Blockbauweise erstellt, zählte das Haus zur Fahrhabe des jeweiligen Pächters und wurde deshalb mehrere Male abgebaut und an anderer Stelle wieder neu errichtet. Seit 1994 betreibt das Liechtensteiner Landesmuseum in der Gemeinde Schellenberg ein bäuerliches Wohnmuseum. Das historische, 1993 an den jetzigen Standort versetzte und dort wieder aufgebaute

Bauernhaus zeigt die bäuerliche Lebensweise und Arbeitswelt unserer Vorfahren. Das Haus ist Zeugnis spätmittelalterlicher Siedlungs-, Bau- und Wirtschaftsweise in Liechtenstein. (pd)

Informationen und Anmeldungen bis 24. Juni bei der IBA, Tel. 230 48 01 oder iba@seniorenbund.li.